

Möchte mal wissen, wie diese Typen das anstellen! Ich habe nie genug Netto übrig, um noch irgendwas davon zu hinterziehen!



Der Ehrliche ist wieder der Dumme

Das neue Steuerabkommen mit der Schweiz sorgt bei Fachleuten für Kopfschütteln – Weiterhin Schlupflöcher für große Vermögen

Es sollte der große Wurf werden und den jahrzehntelangen Streit mit der Schweiz beilegen. Stattdessen steht neuer Streit ins Haus. Je genauer Experten das neue Steuerabkommen studieren, desto größer ist ihre Empörung.

VON SABINE MARQUARD

STUTTGART. Als Rechtsanwältin ist es Ulrike Paul gewohnt, ihre Worte abzuwägen. Emotionen hat die Strafrechtlerin und Vizepräsidentin der Stuttgarter Rechtsanwaltskammer unter Kontrolle. Doch wenn sie über das neue Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland spricht, fällt ihr Zurückhaltung schwer. „Ich bin schon erstaunt über den Umfang der Strafbefreiung“, sagt sie. Es sei verständlich, wenn die neue Regelung einigen „sauer aufstößt“.

Kern ihrer Kritik: Wer heute unversteuertes Geld in der Schweiz deponiert hat und mit einer freiwilligen Selbstanziehung den Weg in die Steuerhinterziehung gewählt hat, der muss alles offenlegen – und die Steuer für die vergangenen zehn Jahre nachzahlen, plus Verzugszinsen plus Strafaufschlag bei größeren Vermögen. Straffrei geht heute nur der aus, der neben seinen Schweizer Konten auch alle anderen nicht versteuerten Depots offenlegt. Ist allerdings die Selbstanziehung fehlerhaft, was nicht so selten vorkommt, oder entdeckt der Fiskus später noch andere unversteuerte Depots, geht die Strafbefreiung flöten.

Der große Charme – oder der Knaller – des neuen Steuerabkommens liegt für Steuerberater darin, dass sie ab 2013 wählen können, ob die Schweizer Banken aufgelaufene Steuerschulden anonym abführen oder ob sie die Namen und Bankverbindungen dazu nennen. Letzteres käme einer Selbstanziehung gleich. Wenn der Steuerberater weiterhin die Anonymität wählt, ist er fein raus. Er kann damit sein lang verborgenes Vermögen endlich weißwaschen – es wird legalisiert. Das heißt: Sollten diese Konten doch noch eines fernen Tages entdeckt werden, geht er straffrei aus. Als gerecht werden das

viele nicht empfinden. Und auch Ulrike Paul hat Bedenken. Es widerspreche jeglichem Rechtsempfinden, dass Straffreiheit gewährt werde, ohne dass Steuerhinterzieher sich zu erkennen geben müssen.

Mit dem neuen Abkommen werden zwei Dinge geregelt: wie mit Altvermögen verfahren wird, die oft seit Jahrzehnten vor dem deutschen Fiskus versteckt wurden, und wie künftig Kapitalerträge von deutschen Kunden in der Schweiz behandelt werden. Die Steuer für Altvermögen wird mit einer Einmalzahlung abgegolten, die zwischen 19 und 34 Prozent des Vermögens liegt. Experten schätzen, dass in den meisten Fällen zwischen 20 und 25 Prozent zu zahlen sind. Für künftige Kapitalerträge deutscher Kunden müssen Schweizer Banken von 2013 an rund 26,4 Prozent abführen – das entspricht genau der Belastung von Kapitalerträgen in Deutschland.

Die anonyme Amnestie „hat es im deutschen Strafrecht noch nicht gegeben“, sagt Paul. Dass man anonym seine Steuerschuld begleichen kann und auch noch strafrei ausgeht, ist wohl auf Druck der Schweizer Banken so vereinbart worden. Diese hätten sich dafür starkgemacht, allerdings „nicht aus Liebe zum deutschen Steuerzahler“, sagt die Rechtsanwältin, „sondern um die eigenen Mitarbeiter zu schützen, die wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung hätten verfolgt werden können“.

Pech hat, wer bis zum Stichtag 31. Mai 2013 noch in die Falle tappt. Sprich, wenn der Steuerbetrag bis dahin doch noch entdeckt wird. Ist das Steuerabkommen im Januar 2013 erst einmal in Kraft, können auch jene aufatmen, deren Daten auf Steuer-CDs in die Hände deutscher Ermittler gelangt sind: Alle Ermittlungen werden eingestellt. Was irritiert: Erst im vergangenen Jahr hat der Gesetzgeber dafür gesorgt, dass es nicht mehr möglich ist, sich nur für einen Teil seines hinterzogenen Vermögens selbst anzugeben. Mit dem neuen Steuerabkommen kassiert er diese Versuche gleich wieder ein. Denn es erlaubt die Teil-Selbstanziehung für die Schweiz. Fehlerhaft kann diese auch nicht sein, weil die Banken alle Daten übermitteln. „Der Ehrliche ist wieder einmal der Dumme“, sagt Paul. Das sei doch bedenklich.

Profitieren werden vor allem große Vermögen, die unentdeckt auf Schweizer Konten lagern – Schwarzgeld, unversteuerte Erbschaften oder Schenkungen. Sind diese ab 2013 weißgewaschen, kann das Verstecken weitergehen, wie Ulrike Paul an einem Beispiel zeigt: „Angenommen, meine Eltern haben ein Konto in der Schweiz, das sie jetzt auf diese Weise legalisieren und das sie mir in der Schweiz übertragen. Wie soll der Fiskus jemals davon etwas erfahren?“ Es sei schon erstaunlich, merkt die Rechtsanwältin an, was alles anonym möglich sei.

Billig können die Altvermögen mit der neuen Regelung allerdings nicht davon Angenommen, in den vergangenen zehn Jahren wären Zinserträge in Höhe von 30 Prozent angefallen. Diese hätten versteuert werden müssen. Der Steuerbetrag, der dem deut-

sehen Fiskus dafür zugeflossen wäre, hätte etwa 10 bis 15 Prozent des Kapitals ausgemacht. Demgegenüber sieht das neue Steuerabkommen aber vor, dass künftig zwischen 19 und 34 Prozent des Vermögens abgeführt werden müssen – also deutlich mehr. „Hier lohnt es sich durchzurechnen, ob eine Selbstanziehung nicht günstiger wäre“, rat Paul.

Für viele Steuersünder hat sich der Weg in Steueroasen wie die Schweiz nicht gelohnt

Geht es nicht nur um unversteuerte Kapitalerträge, sondern auch um große unversteuerte Vermögen aus Schwarzgeld oder Erbschaft dürfte die Neuregelung wiederum vorteilhafter sein als eine Selbstanziehung. Beispiel: Bei einer Million Euro Schwarzgeld summiert sich der Steuersatz, den es nachzahlen gilt, schnell auf 50 Prozent. Denn es fallen Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer und Zinsen an. Demgegenüber stellt man sich besser mit der Einmalzahlung, die zwischen 19 und 34 Prozent liegt.

Für viele Steuersünder hat sich der Weg in eine Steueroase ohnehin nicht gelohnt, schätzt die Strafrechtlerin. Der Grund: Die Bankgebühren in der Schweiz, in Liechtenstein und anderen Steuerparadiesen waren hoch, die Zinsen niedrig, und die Depots wurden oft umgewälzt, was vor allem der Bank zum Vorteil gereichte. „Es wäre besser gewesen, die Kunden hätten ihr Geld hier gelassen und Steuern gezahlt“, sagt Paul. Sie weiß aber auch, dass die Diskussion, eine Vermögenssteuer einzuführen, manchen abhalten wird, sein Geld legal zurückzuholen.

Bevor es in Kraft treten kann, muss das neue Steuerabkommen noch von Bundestag und Bundesrat abgesegnet werden. Die SPD droht mit einem Stopp im Bundesrat. Angesichts geschätzten 200 Milliarden Euro unversteuerten Vermögens in der Schweiz dürften somit dem Staatshaushalt vermutlich 50 Milliarden Euro entgehen. Am Ende wird es ein Einlenken geben, erwartet Paul. „Ich glaube sehr an die Macht des Geldes.“

► 11 · Wirtschaft

Boeing startet Dreamliner mit drei Jahren Verspätung

Nach einer Serie von Pleiten, Pech und Pannen wird der Boeing-Jet Dreamliner jetzt ausgeliefert – drei Jahre verspätet. Er wird für All Nippon Airways von Tokio aus auf Langstrecken fliegen.

► 14 · Kultur

Pionier der elektronischen Musik



Eberhard Schoener schwärmt vom absolut reinen Klang – Stück für Stück werden frühere Aufnahmen des in Stuttgart geborenen Pioniers der elektronischen Musik wiederveröffentlicht.

Schuldenkrise dämpft Stimmung in der Wirtschaft

Ifo-Geschäftsklimaindex sinkt weiter – Exportaussichten auf Talfall

MÜNCHEN (dapd). Die deutsche Wirtschaft steuert auf einen Abschwung zu. Der Geschäftsklimaindex des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo) sank im September zum dritten Mal in Folge, die Erwartungen der Unternehmen fielen auf den tiefsten Stand seit dem Krisenjahr 2009. Im Moment sei die Lage zwar noch „recht gut“, die Unternehmen hätten auch noch Auftragspolster, sagte Ifo-Konjunkturfachexperte Klaus Abberger jetzt in München. Aber „der Höhepunkt ist überschritten – die Unternehmen stellen sich darauf ein, dass es untermüht“.

Die Schuldenkrise sei inzwischen auch in der Exportindustrie spürbar, alle Euro-Länder müssten sparen, und die Erholung in den USA komme nicht recht in Fahrt, erklärten die Wirtschaftsforscher. Vom Auslandsgeschäft erwarteten die Unternehmen deshalb „kaum noch Impulse“, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Ihre aktuelle Geschäftslage bewerten die Firmen zwar unverändert gut, aber in den nächsten sechs Monaten rechnen sie mit einer deutlichen Abkühlung. Der Geschäftsklimaindex sank von 108,7 auf 107,5 Punkte, aber der Teilindex der Erwartungen fiel von 100,0 auf 98,0 Punkte. Das ist ein Einbruch von 12,7 Punkten seit Februar.

Viele Volkswirte hatten jedoch Schlimmeres erwartet. Das Ergebnis dürfte Rezessionsangst dämpfen, sagte Volkswirt Carsten Brzeski von der niederländischen Bankengruppe ING. Der Dax legte kräftig zu, wobei Hauptmotor allerdings Spekulationen über EU-Hilfen für den Finanzsektor waren, die Bank- und Versicherungsaktien zu einem Höhenflug verhalfen.

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) sieht Deutschland nicht vor einer Rezession. Zwar seien die Risiken erheblich gestiegen, dennoch stehe lediglich eine „Phase ruhigeren Wachstums“ bevor, sagte der FDP-Vorsitzende in Berlin.

Der Geschäftsklimaindex gilt als wichtigster Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Das Ifo-Institut in München befragt monatlich etwa 7000 Unternehmen über ihre Geschäftslage und Firmenerwartungen.

Telefontarife

Ortsnetz (Call-by-Call)

Täglich außer Samstag und Sonntag		
Zeit	Anbieter / Vonwahl	Cent pro Minute
0-7 Uhr	Tele2 / 0 10 13	0,15
	sparrcall / 0 10 28	0,18
	Arcor / 0 10 70	1,29
	star79* / 0 10 79	1,49
	01058* / 0 10 58	1,95
7-17 Uhr	sparrcall / 0 10 28	1,45
	star79* / 0 10 79	1,84
	01058* / 0 10 58	1,95
	01081* / 0 10 81	2,20
	01051* / 0 10 51	2,60
17-19 Uhr	sparrcall / 0 10 28	0,59
	star79* / 0 10 79	1,84
	01058* / 0 10 58	1,95
	01081* / 0 10 81	2,20
	01051* / 0 10 51	2,60
19-24 Uhr	Tele2 / 0 10 13	0,48
	Arcor / 0 10 70	1,29
	star79* / 0 10 79	1,49
	01058* / 0 10 58	1,95
	BT Cer. / 0 10 90	2,00

*Anbieter mit kostenloser Tarifanfrage. Ohne Gewähr, da kurzfristige Preisänderungen möglich. Alle Anbieter – Minutenakt. Weitere Infos: www.stuttgart-nachrichten.de/telefon Quelle: biallo.de Stand: 26.9.2011

„Unterhosen werden auch nachts um 2 Uhr sauber“

Schwarz-grüne Allianz: EU-Kommissar Oettinger und Ex-Außenminister Fischer plädieren für ein verstärktes Energiesparen

VON FRANK KRAUSE

STUTTGART. Den Fuß rechtzeitig vom Gaspedal nehmen, das Heizöl lieber im Sommer kaufen, die Fenster nicht dauernd, sondern nur stößweise öffnen: An Tipps, wie man Energiekosten sparen kann, mangelt es bekanntlich nicht. Und dennoch scheint die Energieeffizienz noch immer eine weitgehend ungenutzte Energiequelle zu sein. „Jeder von uns weiß, was sein Auto auf 100 Kilometer verbraucht. Aber wir haben keine Ahnung, wie viel Strom zur welcher Stunde verbrauchen, sondern akzeptieren klaglos, wenn am Jahresende die Stromrechnung abgebucht wird“, beklagt EU-Energiekommissar Günther Oettinger am Montagabend bei einem energiepolitischen Symposium in Stuttgart. Dabei warb Oettinger für einen bewussteren Umgang mit Strom – zum Bei-

spiel bei der Nutzung der Waschmaschine: „Die Unterhosen werden auch nachts um 2 Uhr noch sauber“, betonte er vor 200 Vertretern aus Politik und Energieindustrie.

Eine Sichtweise, die der frühere Außenminister Joseph Fischer vollumfänglich unterstützt. „Energiesparen ist unverzichtbar, wenn wir in Deutschland die Energiewende schaffen wollen“, sagte Fischer. National wie international werde Energie ein immer knapperes Gut. „An einem effizienten Umgang mit unseren Energieträgern entscheidet sich unsere wirtschaftliche Zukunft“, warnte der Grüne. Der Ex-Politiker, inzwischen weltweit als Unternehmensberater für Konzerne wie Rewe und BMW im Einsatz, räumte zugleich ein, dass das Thema Energiesparen noch immer im Schatten der Diskussion um erneuerbare Energien wie Geothermie, Solar oder Windkraft stehe. „Ener-

gieeffizienz ist scheinbar nicht sexy genug.“ Fischer appellierte an die Politik, „aggressiver für Energiesparen“ zu werben. „Wir brauchen eine Bewusstseinsänderung und mehr Aufklärung.“ Dabei werde der Preis in Zukunft „eine entscheidende Bedeutung erhalten“. Soll heißen: Nur wenn es im Geldbeutel spürbar ist, wird der Verbraucher sparsamer. Es sei zudem ratsam, bis zum Jahr 2020 nicht nur eine verbindliche Reduzierung der CO₂-Reduktionen und des Ausbaus der regenerativen Energien vorzuschreiben, sondern auch Ziele für die Energieeffizienz, verbindlich festzuschreiben. „Allein, das hat die EU bereits versucht und ist bisher damit gescheitert, wie Oettinger einräumen musste. Viele EU-Mitgliedsländer wollten sich da nichts verschreiben lassen. Und doch wächst der Druck. Spätestens 2014, so Oettinger, werde man den EU-

Staaten neue verbindliche Regeln fürs Energiesparen vorgeben. Dass Handlungsbedarf besteht, unterstrich er. Europa sei derzeit zu 55 Prozent von Energielieferungen abhängig, in einigen Jahren werde der Wert bei 70 Prozent liegen. „Aber Abhängigkeit wird nicht rasch zu Erpressbarkeit“, warnte Oettinger. Die „Vermeidung von Energieverschwendung“ sei deshalb die wichtigste Aufgabe in Zukunft, sowohl in Privathaushalten als auch in öffentlichen Gebäuden. Die Politik auf Bundes- wie auf Länderebene müsse „die Sonntagsreden“ von mehr Klimaschutz in die Tat umsetzen. „Möglicherweise heißt es künftig, dass es nicht mehr Lehrer gibt, aber mehr Energieeffizienz, auch wenn das erst die Enkel später bei ihrer Stromrechnung spüren werden.“ Es sei aber an der Zeit für eine „umgekehrte Reihenfolge der Generationengerechtigkeit“.